

FRIEDEN UND SICHERHEIT

FRANKREICH IM SAHEL

Warten auf die Europäische Union?

Caroline Roussy
März 2021



Nach neun Jahren militärischen Einsatzes hat sich Frankreichs Engagement in der Sahelzone festgefahren; die terroristische Bedrohung, die Hauptmotiv für den Einsatz ist, hat sich nicht vermindert.



Vor diesem Hintergrund scheint der einzige Ausweg für die französische Regierung darin zu liegen, Lösungen auf europäischer Ebene zu suchen.



Angesichts wachsender Kritik im eigenen Land an den Unzulänglichkeiten der bisherigen Vorgehensweise werden inzwischen vermehrt Alternativen zur rein militärischen Strategie diskutiert.

FRIEDEN UND SICHERHEIT

FRANKREICH IM SAHEL

Warten auf die Europäische Union?

Mit der Amtszeit eines neuen französischen Staatspräsidenten begann bisher stets eine neue Afrikapolitik Frankreichs. Diese unausgesprochene Tradition führte dazu, dass sich die französische Afrikapolitik häufig neu erfindet, da die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien im französischsprachigen Afrika nach wie vor stark von der (Ent-)Kolonialisierung und der *Françafrique* genannten Afrikapolitik gezeichnet sind, die eine echte Aussöhnung verhindern. Nach nun bald neun Jahren militärischen Einsatzes Frankreichs in der Sahelzone und angesichts der strukturellen Spannungen zwischen Frankreich und den Sahelstaaten stellt sich die Frage, ob die derzeit festgefahrene Politik für diese Region nicht besser auf die europäische Ebene gehoben werden sollte – vor allem wenn von einer Schicksalsgemeinschaft Europas und Afrikas ausgegangen wird.

FRANKREICHS SICHT AUF DEN SAHEL

Die französischen Aktivitäten im Sahel seit 2013 lassen sich in verschiedene Phasen einteilen: Planung der Operation Serval, Unterstützung der Wahlen in Mali, Aufstellung der Barkhane-Truppe mit erweitertem Mandat, Förderung von eigenständigen Lösungen wie der G5 Sahel, um die Defizite der Operation Barkhane auszugleichen, sowie Vorschläge für die Umsetzung neuer Instrumente (Ankündigungen auf dem Gipfel von Pau).

Nach seiner Wahl 2012 wollte Präsident François Hollande die Rolle Frankreichs als »Polizei Afrikas« und den interventionistischen Kurs seiner Vorgänger aufkündigen. Doch die Ereignisse holten ihn noch im gleichen Jahr ein. Unter dem Druck der Unabhängigkeitsforderungen der Nationalen Bewegung zur Befreiung des Azawad (MNLA), die mit der Organisation Al-Qaida des Islamischen Maghreb (AQIM) und einer Reihe anderer dschihadistischer Bewegungen in Verbindung steht, drohte der Regierung von Mali damals der Zerfall. Die Vormachtstellung der MNLA in diesem Konflikt wurde jedoch schon bald durch die zielgerichtete Strategie radikalierter Gruppierungen aus demselben Umfeld unterlaufen: der Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO) und *Ansar Dine* unter der Führung von Iyad Ag Ghaly, die vom Norden Malis aus Offensiven in Richtung Mopti und Bamako starteten, mit dem Ziel, in ganz Mali und Westafrika die Scharia einzuführen.

Vor diesem Hintergrund ersuchte der Übergangspräsident Dioncounda Traoré Frankreich um eine Intervention und beauftragte dabei die von beiden Ländern unterzeichneten Verteidigungs- und Sicherheitsabkommen. Er befürchtete den Zusammenbruch der Regierung, die Spaltung des mali-

schen Staates und die systematische Ausplünderung des Landes durch die Dschihadisten, die in einem Kalifat zu enden drohte. Trotz der dringlichen Bitte Traorés ließ sich Frankreich mit der Antwort Zeit:

»Während die Vereinten Nationen jeglichen Einsatz einer internationalen Truppe vor Herbst 2013 ausschlossen, wiederholte Frankreich, dass es kein direktes militärisches Eingreifen wolle [welches womöglich scheitern könnte] und dass es nicht an vorderster Front stehen werde, damit ein möglicher Krieg keinen neokolonialen Beigeschmack erhalte« (Baghzouz 2013). Angesichts wiederholter Forderungen aus Bamako beschleunigten sich jedoch die Ereignisse.

Laurent Bigot, damals Unterabteilungsleiter der Abteilung Westafrika im Außenministerium, berichtet:

»Die Entscheidung für die Operation Serval wurde im kleinen Kreis von François Hollande, dem Chef seines Generalstabes, General Puga, und dem Verteidigungsministerium getroffen. [...] Hauptmotivation für diesen Einsatz war die politische Überzeugung, dass wir den Terrorismus in der Sahelzone bekämpfen [müssen], um langfristig unser Land vor möglichen Anschlägen zu schützen.«¹

Die Lesart des malischen Präsidenten, es handle sich um internationalen Terrorismus, setzte sich durch und führte dazu, dass französische Truppen entsandt wurden. Trotz der Diskussionen im kleinen Kreis, so der Geopolitologe Francis Laloupe, »hat sich Präsident François Hollande der Sache angenommen und ist zum Kriegsherrn geworden: Er allein hat über das französische Engagement in Mali entschieden.«²

2013 entsandte Präsident Hollande die Operation Serval, die zunächst auf ein Jahr angelegt war. Nachdem Frankreich Gao und Timbuktu zurückerobert und Bamako, dem ein fatales Schicksal drohte, geschützt hatte, wurde es von der malischen Bevölkerung gefeiert. Unter Jubelrufen wurde François Hollande dort am 2. Februar 2013 begrüßt. Eine Zeit lang blieben die extremistischen Gruppen unorganisiert und sahen sich zum Rückzug gezwungen. In dieser Ruhepause konnte Frankreich die von seiner Exekutive erarbeitete politische Agenda umsetzen. Die Präsidentschaftswahlen, die eine Rückkehr zur rechtmäßigen Ordnung versprachen, konnten bereits im August 2013 abgehalten werden und brachten Ibrahim Boubacar Keïta ins Präsidentenamt.

¹ Interview der Autorin mit Laurent Bigot vom 9. Dezember 2020.

² Interview der Autorin mit Francis Laloupe vom 21. Dezember 2020.

Zudem förderte die französische Regierung den innermalischen Dialog, indem sie sich 2015 für die Unterzeichnung des Abkommens von Algier einsetzte, das – so schien es zunächst – Grundlage für die Wiederherstellung des Friedens in Mali war. Mehrere Faktoren verzögerten allerdings die Umsetzung des Abkommens. Frankreich hatte eine recht grobe Trennlinie zwischen den bewaffneten Gruppen des Landes gezogen: jenen, die das Abkommen unterzeichnet hatten (den sog. GAS), wie der MNLA, und den sogenannten terroristischen bewaffneten Gruppen (GAT). Letztere waren nicht an den Verhandlungstisch eingeladen worden, obwohl die Grenze zwischen den Gruppen fließend war.

Das Abkommen führte zudem zu Meinungsverschiedenheiten über das Schicksal von Kidal. Die Stadt und die Region wurden der MNLA überantwortet, was in der malischen Bevölkerung Verbitterung und Unmut hervorrief, zumal die MNLA und ihre Anhänger_innen die Destabilisierung des Landes provoziert hatten. Die Faszination von Paris für die »Männer in Blau« – Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian erklärte im Januar 2013, dass »die Tuareg unsere Freunde«³ seien – säte Misstrauen gegenüber den französischen Absichten. Als halbautonome Enklave warf Kidal die Frage auf, ob der malische Staat überhaupt in der Lage sein würde, sein Territorium zu beherrschen und zu verwalten sowie seine hoheitlichen Funktionen vollumfänglich auszuüben.⁴ Die Situation in Mali kann also weder als offene Kriegssituation noch als Friedenszustand bezeichnet werden. Dies erschwerte die Wiederherstellung der Integrität des Staates.

Trotz der Operation Barkhane 2014 setzte sich Frankreich dafür ein, dass die Sahelstaaten eigenständige Lösungswege finden, indem es die Gründung der G5 Sahel förderte. Zwar gab es 2010 mit der Gründung des Gemeinsamen operativen Stabskomitees CEMOC (Algerien, Mali, Mauretanien, Niger) einen Vorläufer, doch das Projekt scheiterte an unzureichenden staatlichen Mitteln, fehlenden Gesetzen zur grenzüberschreitenden Verfolgung von Terrorist_innen und nicht zuletzt auch am Misstrauen zwischen den Partnern. Frankreich drängte daraufhin auf die Gründung der G5 Sahel, in der Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad vertreten sind. Trotz der großen Bedeutung dieses multilateralen Forums mangelt es ihm an zu geringen finanziellen Mitteln und dem Fehlen eines Exekutivmandats nach Kapitel VII der UN-Charta. Neben wiederkehrender Kritik an diesem Forum und der Schwierigkeit, geeignete Formen der Koordination zwischen der Operation Barkhane, der gemeinsamen Streitkraft der G5 Sahel und den nationalen Streitkräften zu finden, erweist sich das Projekt zudem als schwierig in der Umsetzung, wenn man es mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU vergleicht.

Auf der operativen Ebene hat das französische Militär zwar nicht enttäuscht, auf politischer Ebene ist das Versagen jedoch offensichtlich. Die Bedrohungslage hat sich im Vergleich zum Beginn des Einsatzes verschärft. Die Bemühungen der Operation Serval hatten zwar zu einem vorübergehenden Rückzug der Dschihadisten in die Nachbarländer Malis geführt, nachdem sich die terroristischen Gruppen neu formiert hatten, wurde die terroristische Bedrohung jedoch zu einem länderübergreifenden Phänomen. Da es keine einheitliche Grenzpolitik gibt, spielen die Dschihadisten mit den Grenzen und ungleichen Einreiseregulungen, die ihnen zahlreiche Möglichkeiten bieten, Kontrollen zu umgehen. So agieren die Terrorist_innen und organisierten kriminellen Gruppen in grenzüberschreitenden Gebieten und bewegen sich in Netzwerken, die ihnen einen flexiblen Bewegungsspielraum bieten.

In diesem Kontext der immer prekärer werdenden Sicherheitslage ließ sich seit November 2019 ein Anstieg der frankreichfeindlichen Ressentiments beobachten, die zweifellos schon Monate früher schwellten und welche die französische Regierung als angebliche Begleiterscheinung des französischen Engagements in Mali abtat. Dass die Akzeptanz ausländischer Truppen in der Regel schwankt, ist bekannt. Eine Zeit lang werden sie als Befreier betrachtet, früher oder später jedoch als Besatzungsmacht wahrgenommen.

Da er sich von den Staatschefs der G5 Sahel wenig unterstützt fühlte, und nachdem bei einem Hubschrauberunfall dreizehn französische Soldaten ums Leben kamen, berief Emmanuel Macron im Januar 2020 den Gipfel von Pau ein. Dort konnten durchaus strategische Fortschritte erzielt werden. Der rein militärische Ansatz sollte durch einen vielschichtigeren ersetzt werden, der sowohl eine Sicherheitskomponente als auch eine politische und eine Entwicklungskomponente beinhalten sollte. Mit der Gründung der Task Force Takuba und der Stärkung der Sahel-Allianz stand das europäische Engagement im Vordergrund.

Ein Jahr später ist die Zukunft des Sahel-Engagements trotz einer Aufstockung des französischen Kontingents um 600 Soldat_innen und trotz einiger Erfolge wie der Ausschaltung des AQUIM-Anführers Abdelmalek Droukdel weiterhin völlig ungewiss. Das französische Außenministerium muss immer mehr Gegenden zu Risikogebieten erklären, in die sich Französ_innen nicht mehr begeben sollen. In politischer und finanzieller Hinsicht hat sich der französische Einsatz in der Sahelzone weniger als zwei Jahre vor den französischen Präsidentschaftswahlen im April 2022 festgefahren. Vor diesem Hintergrund scheint der einzige Ausweg für die französische Regierung darin zu liegen, Lösungen auf europäischer Ebene zu suchen.

³ Vgl. Le Drian appelle à la vigilance face aux possibles exactions au Mali, in: *Libération* (online), 23.1.2013; www.liberation.fr/planete/2013/01/23/le-drian-appelle-a-la-vigilance-face-aux-possibles-exactions-au-mali_876156.

⁴ Die beiden Premierminister Moussa Mara (April 2014 – Januar 2015) und Soumeylou Boubèye Maïga (Dezember 2017 – April 2019) wurden aus Kidal vertrieben, Mara geriet sogar unter Beschuss, als er sich der Stadt näherte, und sein Konvoi wurde während seines Besuchs am 17. Mai 2014 angegriffen.

GIBT ES EINE ALTERNATIVE ZUR REIN MILITÄRISCHEN STRATEGIE?

Nach Auffassung von Laurent Bigot »wird die Deutung der Situation im Sahel durch unser Verhältnis zum Islam und die Vermischung von Islam und Terrorismus völlig verzerrt«⁵, was der Komplexität der Situation nicht gerecht werde. Aufgrund dieser einseitigen Sicht sei die militärische Lösung gewählt worden. Lange Zeit wurde von einer überschaubaren Zahl von Dschihadisten ausgegangen, bestenfalls ein paar hundert, höchstens etwas über tausend Personen. Der Krieg würde schnell vorbei sein. Doch schon bald musste Frankreich feststellen, dass die seit 2013 verwendete Kriegsrhetorik und der Fokus auf Militäroperationen kaum zu nachhaltigen Ergebnissen führten. Auch wenn nach Meinung einiger Beobachter_innen unvermeidbar war, dass der Einsatz ins Stocken geriet, ist die gewählte Taktik dennoch fragwürdig.

So sollte ein Vorfall kritisch hinterfragt werden, der in den Medien wenig Beachtung gefunden hat, da die Freilassung der französischen Geisel Sophie Pétronin die Schlagzeilen beherrschte. Am 4. Oktober 2020 wurden vier Geiseln im Austausch gegen die Freilassung von ca. 200 Dschihadisten und der GSIM (Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslim_innen) nahestehenden Personen freigelassen, wobei laut verschiedenen Quellen ein Lösegeld von 30 Millionen Euro geflossen sein soll. Man kann sich das – milde ausgedrückt – Unbehagen der französischen Militärs vorstellen, deren Aufgabe es ja ist, den Terrorismus zu bekämpfen, und von denen einige vielleicht sogar bei der Verhaftung derjenigen mitgewirkt hatten, die nun wieder auf freiem Fuß sind. Nicht zu vergessen ist zudem, dass seit 2013 55 ihrer Kamerad_innen in der Sahelzone ums Leben gekommen sind.

Seit diesem Gefangenenaustausch häufen sich die Verlautbarungen der Operation Barkhane, die in mehreren Fällen von einer »Neutralisierung« von Dschihadisten sprechen. Beinahe hundert sollen mittlerweile getötet worden sein. Trotz Pressekampagnen, welche die vollständige Übereinstimmung zwischen Paris und Bamako im Kampf gegen den Terrorismus bekräftigen, wird die Kluft zwischen beiden in Wirklichkeit immer größer. Die ersten Risse bekam das Verhältnis zwischen Paris und Bamako während der Verhandlungen der malischen Übergangsregierung mit den Dschihadisten über die Freilassung der Geiseln. Zur Erinnerung: Bei zwei Gelegenheiten, zuerst während der Konferenz zur nationalen Verständigung 2017 und dann im Zuge des Inklusiven Nationalen Dialogs (DNI) 2019, hatte sich Mali für diese Art von Dialog ausgesprochen. Am 3. Dezember 2020 bekräftigte Premierminister Moctar Ouane in einem Interview mit RFI und *France 24*, dass »der Dialog mit den Terrorist_innen der Wille der Malier_innen ist« (Perelman/Baché 2020). So deutlich wurde diese Haltung damit erstmals in der Öffentlichkeit ausgesprochen, auch wenn die Beziehungen zur GSIM schon zu Zeiten von Präsident

Ibrahim Boubacar Keïta nie gänzlich abgebrochen zu sein schienen.

Da die französische Exekutive öffentlich jegliche Gespräche mit den Terrorist_innen ablehnte, wurde die Front der Operation Barkhane vom Dreiländereck, dem Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat in der Sahara (EIGS), nach Norden verlagert und Angriffe gegen die GSIM und die ihr angeschlossenen Gruppen unternommen. Als Reaktion darauf griffen die Terrorist_innen um den Jahreswechsel 2020/2021 herum zweimal das französische Militär an und stellten so ihre Fähigkeit zur Offensive unter Beweis. Der Journalist Wassim Nassr, der eine Erklärung der GSIM übersetzte, in der sich diese zu den jüngsten Angriffen auf Soldat_innen der Operation Barkhane bekannte, benannte die Motive für diesen Angriff: den Rückzug der Operation Barkhane und die Unterstützung der französischen Bevölkerung für diesen Rückzug.

EIN UNKLARES FEINDBILD

Das wirft die Frage auf, gegen wen Frankreich in Mali eigentlich kämpft? Nach acht Jahren Militärpräsenz muss eingestanden werden, dass viele Probleme ungelöst sind und sich die französische Sicht der Dinge und die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort auseinanderentwickelt haben. Trotz der Verwendung von Kategorien wie »Dschihadisten«, »Islamist_innen«, »Terrorist_innen«, die letztlich westliche Vorstellungen auf den Konflikt projizieren, wird das selbst geschaffene Feindbild in Wahrheit immer unschärfer; es wäre zu kurz gegriffen, die Ursache allein in der Religion zu suchen. Der Soziologe Bréma Ely Dicko, der 2017 eine Befragung in Zentralmali durchführte, schildert eine recht aufschlussreiche Aussage einer seiner Quellen: »Die gläubigen Muslim_innen kennen die Bedeutung der Suren nicht. Religion ist zu einem Mittel der schnellen Bereicherung geworden, indem das Elend der Armen ausgenutzt wird... « (Dicko 2018).

Das Grundproblem ist der Zustand des malischen Staates: schlechte Regierungsführung, Korruption, fehlende Gerechtigkeit und wenig Perspektiven für junge Menschen. Zwischen 2012 und 2021 passte sich die lokale Bevölkerung aus verschiedenen Gründen immer wieder an die terroristischen Gruppen an, genauso wie diese sich an die Bedürfnisse der Bevölkerung anpassten und sogar staatliche Funktionen übernahmen. Daher wurde die Situation immer komplexer. Zu Recht hat Marc-Antoine Pérouse de Montclos, der die Ursache für die vielschichtigen Krisen in Mali in diesen gesellschaftspolitischen Missständen sieht, den Begriff »Islamisierung der Radikalität« (Pérouse de Montclos 2021) entwickelt. Dieser muss jedoch ein wenig relativiert werden, denn eine weitere Ursache ist eine Radikalisierung des Islam durch Gruppen wie die EIGS, welche die Einführung der Scharia fordert. Bei genauerer Betrachtung der Gegebenheiten vor Ort wird klar, dass die Konflikte vielfältiger Natur sind: Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen, Selbstverteidigungsmilizen, Demonstrationen gegen die Regierung und vieles mehr. Vor diesem Hintergrund wird das

⁵ Interview der Autorin mit Laurent Bigot vom 9. Dezember 2020.

Feindbild noch unschärfer und ein Scheitern des Militäreinsatzes wahrscheinlicher (Marotte 2020).

Der Journalist und Afrikaexperte Francis Laloupe⁶ räumt ein, dass es Alternativen zur rein militärischen Strategie gibt, etwa Entwicklungshilfe oder Bildung. Seiner Ansicht nach bleibt der militärische Einsatz jedoch als ein Faktor unter mehreren zur Lösung der Situation unverzichtbar. Dabei handelt es sich um einen asymmetrischen Krieg, in dem sich dschihadistische Gruppen und die Staatsautorität gegenüberstehen. Die Dschihadisten verfolgen ein politisches Projekt, das den bestehenden Staat infrage stellt. Genau deshalb muss dieser verteidigt werden. Laloupe stellt fest, dass die extremste Position die Abschaffung des bestehenden Staates fordert, ohne jedoch politische Alternativen anzubieten. Es gibt also nicht zwei miteinander konkurrierende Angebote, denn die Dschihadisten verfolgen ein gänzlich anderes Ziel als der Staat. Sie schlagen zwar Kapital aus den gesellschaftspolitischen Missständen, wollen aber keine Politik betreiben. Staaten haben nicht die alleinige Funktion, Krieg zu führen – die terroristischen Gruppen haben jedoch ihr gesamtes Wirtschaftssystem auf der Grundlage von Kriegsgewinnen aufgebaut und haben keine konkrete politische Agenda.

DIE SAHELZONE IN DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG IN FRANKREICH

Die bisherige Strategie Frankreichs im Sahel bestand darin, die Dschihadisten ausreichend zu schwächen, um ihre Kapitulation zu erzwingen. Gelungen ist dies selbst nach acht Jahren militärischen Engagements nicht. Stattdessen wachsen die von Dschihadisten besetzten Gebiete und es kommen immer neue Risikogebiete hinzu. Wenn eine Strategie nicht aufgeht, muss sie hinterfragt werden.

2013 schien noch eine Art Schweigegebot über diesem Thema zu liegen, zumindest in den Reihen der Regierung: Im Januar 2013 hatte Laurent Bigot Bedenken geäußert und das Fehlen eines politischen Projekts beklagt: »Schon als die Operation Serval anlief [...], habe ich gesagt, dass wir uns in eine strategische Sackgasse manövrieren, weil wir nicht über die Folgen der Militäroperation nachgedacht haben, und dass der Einsatz wahrscheinlich ins Stocken geraten wird. Leider haben mir die Ereignisse Recht gegeben.«⁷ Daraufhin wurde er von seinem Posten entbunden.

Trotz der starren Position der französischen Regierung, die den Eindruck erweckt, das Thema würde gar nicht diskutiert, ist die Realität bei den Volksvertreter_innen, den Wissenschaftler_innen, den Journalist_innen und vereinzelt auch in der öffentlichen Meinung angekommen. Immer mehr Stimmen werden laut, welche die Unzulänglichkeit der französischen Vorgehensweise angesichts der Entwicklungen vor Ort anprangern. Ein Konsens zeichnet sich dabei jedoch noch nicht ab. Die einen plädieren für einen vollständigen Rückzug, andere für eine Neuausrichtung der Einsatzstrategie der Operation Barkhane,⁸ wieder andere befürchten im Falle eines Abzugs Chaos oder gar die Errichtung eines Kalifats.⁹

Allerdings erscheint das Argument, Mali werde bei einem Abzug des französischen Militärs unter das Joch des Islamismus und der Scharia fallen, immer fadenscheiniger. So wenden andere afrikanische Länder wie Marokko oder Mauretanien, beides offizielle Partner Frankreichs, die Scharia bereits an. Der Direktor des Sahel-Projekts bei der *International Crisis Group*, Jean-Hervé Jezequel, betont: »Es geht nicht darum, dass Mali oder andere Länder der Sahelzone diesen Weg einschlagen sollen – das müssen die Staaten und die Bürger_innen selbst entscheiden –, sondern darum, dass diese Möglichkeit in Betracht gezogen wird, vor allem, wenn dies dauerhafte Lösungen für die gewalttätigen Konflikte in der Region eröffnet« (zit. nach Diffalah 2020).

Bislang wurde – vielleicht zu Unrecht – angenommen, die französische Öffentlichkeit interessiere sich nicht für die Sahelzone. Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop im Auftrag des Wochenmagazins *Le Point* zeigt jedoch zum ersten Mal, dass 51 Prozent der französischen Bevölkerung den Militäreinsatz in Mali ablehnen (vgl. Poncet 2021). Allerdings wurde diese Befragung nach der Ermordung französischer Soldat_innen im Konfliktgebiet Ende Dezember 2020 / Anfang Januar 2021 durchgeführt. Es ist also durchaus möglich, dass dieses Meinungsbild eine emotionale Reaktion auf dieses Ereignis ist. Eine vergleichbare Befragung zu einem weniger durch aktuelle Ereignisse aufgewühlten Moment würde womöglich zu anderen Ergebnissen führen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass ein erneuter tödlicher Angriff auf französische Soldat_innen die Zweifel am Militäreinsatz weiter schüren würde. Dies umso mehr als ein möglicher Rückzug Frankreichs bereits in zahlreichen Medienbeiträgen diskutiert wird.

Ein solcher Rückzug müsste selbstverständlich vorbereitet werden. Zunächst müsste ein Fahrplan erstellt werden, der auch mit den Staatsoberhäuptern der betroffenen Länder abzustimmen wäre. Zudem sollte bedacht werden, dass ein überstürzter Abzug China und vor allem Russland das Feld überlassen könnte. Auf jeden Fall könnte ein Rückzug aus dem Sahel nicht von heute auf morgen umgesetzt werden.

Daneben bleiben einige offene Fragen: Welches Ziel verfolgt Frankreich mit dem Engagement im Sahel? Wie kann Frankreich mit den betroffenen Staaten zusammenarbeiten? Sollte angesichts der bekannten Gefahr, dass Hilfgel-

⁶ Interview der Autorin mit Francis Laloupe vom 21. Dezember 2020.

⁷ Interview der Autorin mit Laurent Bigot vom 9. Dezember 2020.

⁸ Einige Beobachter_innen wie Michel Roussin und Stephen Smith (2020) werben dafür, dass die französischen Einsatzkräfte weniger sichtbar sein und nur noch logistische, nachrichtendienstliche und ausbildende Unterstützung leisten sollten, damit die Malier_innen die Geschicke ihres Landes selbst in die Hand nehmen können.

⁹ Opération Barkhane: « Si nous partions demain, le Mali deviendrait très rapidement un sanctuaire jihadiste », prévient l'ex-ministre Jean-Marie Bockel. In: *France Info* (online), 5.1.2021; www.francetvinfo.fr/monde/afrique/mali/operation-barkhane-si-nous-partions-demain-le-mali-deviendrait-tres-rapidement-un-sanctuaire-jihadiste-previent-l-ex-ministre-jean-marie-bockel_4245129.html.

der bei den obersten Militärbehörden in Mali und Niger veruntreut werden, mehr Transparenz über die Verwendung der bereitgestellten Mittel eingefordert werden? Wer ist am ehesten dazu geeignet, die bedrohten Gebiete abzusichern? Beeinträchtigt die Entmündigung eines Landes, so wie es in Mali geschehen ist, nicht die Eigenverantwortlichkeit der Bürger_innen? Wären nicht gemeinsame Überlegungen sinnvoller, die einen von beiden Seiten getragenen Friedensprozess in Aussicht stellen? Könnte sich die Europäische Union nicht stärker engagieren?

ZURÜCKHALTUNG DER EUROPÄISCHEN UNION IM SAHEL

Frankreich hat sich mit seinem Engagement im Sahel auf einen einsamen Weg begeben. Ab 2014 und dem Beginn der Operation Barkhane hat der damalige Präsident François Hollande das Thema mit den Staatschef_innen der EU erörtert. Der Versuch, diese einzubeziehen, fiel jedoch mit dem Beginn der Operation Sangaris in der Zentralafrikanischen Republik zusammen. Offiziell geht es Frankreich in erster Linie um eine Vergemeinschaftung der für das Vorgehen in der Sahelzone bereitgestellten finanziellen Mittel, auch wenn dabei klar ist, dass alleine Frankreich den militärischen Teil dieses Einsatzes leisten kann.¹⁰

Es wäre falsch zu sagen, dass sich die Europäische Union komplett aus der Region heraushalten würde. Europäische Truppen sind immerhin im Rahmen der UN-Friedensmission MINUSMA, der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali und der zivilen EU-Aufbaumission EUCAP Sahel im Einsatz. Da sich die praktische Umsetzung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik jedoch schwierig gestaltet, befindet sich Frankreich im operativen Bereich zwangsläufig an vorderster Front. Paris sieht sich in der Sahelzone im Namen Europas im Einsatz. Doch obwohl davon immer wieder die Rede ist, hat Frankreich kein europäisches Mandat für sein Engagement in der Sahelzone. Allerdings läuft die Operation Barkhane mit Zustimmung der Vereinten Nationen, da diese das Abkommen zwischen Frankreich und den Ländern der Region gebilligt hat.

Da die Europäische Union über keine eigene Armee verfügt, möchte Frankreich, dass sich die EU an der Finanzierung der Militäroperationen beteiligt, die eine Belastung für den französischen Haushalt darstellen, und einen Beitrag zum Aufbau einer europäischen Verteidigungsdiplomatie leistet. Daher sind zahlreiche Initiativen wie die Allianz für den Sahel oder die Koalition für den Sahel entstanden, die allerdings bislang nur auf dem Papier bestehen und nur zögerlich Wirksamkeit entfalten. Entsprechend den Ankündigungen auf dem Gipfel von Pau bemüht sich die französische Exekutive jedoch seit einiger Zeit intensiv, jedoch mit wechselndem Erfolg, um den Aufbau der Task Force Takuba, in

der europäische Soldat_innen aus den Reihen der Spezialkräfte eingesetzt werden sollen.¹¹

Trotz der Unterstützung durch immerhin drei EU-Länder hat Frankreich – zu Recht – den Eindruck, dass die anderen europäischen Staaten die Bedrohungslage im Sahel anders einschätzen als Frankreich selbst. Marc-Antoine Pérouse de Montclos weist darauf hin, dass »die Annahme der Errichtung einer islamischen Republik und eines Terrorstaates in der Größenordnung [von Mali] höchst fragwürdig ist. Bewusst oder unbewusst haben die französischen Verantwortlichen die Situation unnötig dramatisiert« (Pérouse de Montclos 2020: 6). Er fügt hinzu: »Die Länder der Europäischen Union interpretieren die Situation als nicht so bedrohlich und weigern sich, die Rechnung zu bezahlen, die Paris ihnen dafür präsentiert, dass es Europa vor der Welle der Dschihadisten und Migrant_innen geschützt habe« (ebd.: 5). Diese Interpretation ist jedoch insofern zu differenzieren, als eine strategische Analyse verschiedene Szenarien in Betracht ziehen muss, auch pessimistische wie z. B. einen Angriff auf europäische Interessen in West- oder Nordafrika. Und auch ein Angriff auf europäischem Boden ist nicht völlig auszuschließen. Solchen Warnungen stellt Marc-Antoine Pérouse de Montclos allerdings das Argument der selbsterfüllenden Prophezeiung entgegen.

Die Sichtweisen Frankreichs und seiner europäischen Partner auf die Situation im Sahel weichen also stark voneinander ab. Zwar meint Frankreich, sich einer doppelten Aufgabe verschrieben zu haben – sowohl seinen afrikanischen Verbündeten als auch seinen europäischen Partnern gegenüber –, hat jedoch Mühe, die EU zu überzeugen, die nach wie vor befürchtet, dass sich Frankreich hinter ihr verschanzen will. Nach Thomas Hofnung haben »in der Vergangenheit einige europäische Länder Frankreich verdächtigt, sie dazu instrumentalisieren zu wollen, seine eigenen Interessen in seiner Einflussosphäre im Zeichen eines vermeintlichen Neokolonialismus durchzusetzen. Dies war insbesondere 2008 der Fall, als Paris im Tschad die Entsendung der europäischen EUFOR-Truppe in den Osten des Landes zur Grenze mit Darfur durchsetzte« (Hofnung 2012). Dieses Unbehagen lässt sich nur schwer ausräumen.

Eine ähnliche Einschätzung vertritt Léonard Colomba-Petteng der betont, die anderen europäischen Staaten seien der Meinung, die Sahelzone sei primär eine rein französische Angelegenheit¹². In Deutschland sei man in der Regel weniger empfänglich für Terrorismuswarnungen als in Frankreich. Das einzige Thema, auf das Staaten wie Deutschland anspringen könnten, sei die Migrationsproblematik. Aus demselben Grund engagiere sich Deutschland auch in Agadez, das als Migrationsdrehkreuz gilt.

¹⁰ Rat der Europäischen Union (2014): Quatrième Sommet UE–Afrique. Feuille de route 2014–2017. Brüssel; www.consilium.europa.eu/media/21519/142099.pdf.

¹¹ Von den elf Ländern, die ihre Zustimmung gegeben haben, haben nur drei Truppen nach Mali geschickt.

¹² Interview der Autorin mit Léonard Colomba-Petteng 29. Dezember 2020.

Die Situation im Sahel wird umso unterschiedlicher beurteilt, je weiter die Länder Mittel- und Westeuropas vom deutsch-französischen Zentrum entfernt liegen. Die Deutschen haben eher Verständnis für Frankreichs Position, auch wenn ein militärisches Engagement vor Ort durch den Deutschen Bundestag abgelehnt wurde. Mit Blick auf die Europäische Union dürfen bestimmte »kleine Länder« wie Lettland oder Estland nicht außer Acht gelassen werden, die zwar nichts mit den politischen und militärischen Entscheidungen Frankreichs zu tun haben, die jedoch – angesichts der empfundenen Bedrohung durch ihren Nachbarn Russland – geostrategische Verbündete suchen. Andere Länder finden sich in einem Dilemma zwischen Solidarität und ihren innenpolitischen Zielen wieder und fühlen sich von der französischen Sahelproblematik, die sie nicht immer nachvollziehen können, weit entfernt – was nicht zuletzt Zweifel an der Kommunikationsstrategie der französischen Regierung aufkommen lässt. Malta und Österreich zum Beispiel sind schon aufgrund ihrer Verfassungen neutral. Sie hatten zwar Interesse an EUCAP gezeigt, distanzieren sich jedoch aufgrund des unklaren Mandats wieder davon.

Nach Ansicht von Laurent Bigot »ist es durchaus möglich, dass sich die Länder der EU der französischen Sicht auf die Sahelproblematik annähern; doch setze dies eine ernsthafte Debatte auf europäischer Ebene zu allen Aspekten des Konflikts sowie über mögliche Handlungsoptionen voraus. Doch davon kann bislang noch keine Rede sein; die Diskussionen zu diesem Thema sind meist rein technokratisch«¹³ In jedem Fall besteht eine Diskrepanz zwischen den politischen Zielen und ihrer Umsetzung. Trotz gewisser Führungsfehler kann das Engagement vor Ort immer noch so angepasst werden, dass Deutschland, das in den letzten 15 Jahren größeres Interesse an Afrika entwickelt hat, dort eine wichtige Rolle einnimmt. Da jedes EU-Land seine eigene Bürokratie und seine eigene politische Agenda hat, bleibt die Einbindung der Europäischen Union kompliziert – trotz des erklärten Willens einer Vereinheitlichung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die allerdings mehr Anpassungsfähigkeit und Flexibilität erfordern würde.

13 Interview der Autorin mit Laurent Bigot vom 9. Dezember 2020.

LITERATURVERZEICHNIS

Baghzouz, Aomar (2013): Le Maghreb et l'Europe face à la crise du Sahel: Coopération ou rivalités? In: *L'Année du Maghreb* (IX), S. 173–192; <http://journals.openedition.org/anneemaghreb/1898>.

Dicko, Bréma Ely (2018): Ségou et Mopti, le nouveau foyer de l'extrémisme violent au centre du Mali. In: *Recherches africaines* (20), S. 189–204.

Diffalah, Sarah (2020): Négociateur avec les djihadistes au Sahel, une option de plus en plus assumée? In: *L'obs* (online), 19.10.2020; www.nouvelobs.com/monde/20201019.OBS34912/negociateur-avec-les-djihadistes-au-sahel-une-option-de-plus-en-plus-assumee.html.

Hofnung, Thomas (2012): Le conflit au Sahel, passage obligé pour l'Europe de la défense. In: *Libération* (online), 14.11.2012; www.liberation.fr/planete/2012/11/14/le-conflit-au-sahel-passage-oblige-pour-l-europe-de-la-defense_860534.

Marotte, Thibault (2020): Soldats français morts au Mali: « La figure de l'ennemi est de plus en plus floue ». In: *L'express* (online), 29.12.2020; www.lexpress.fr/actualite/monde/afrique/soldats-francais-morts-au-mali-la-figure-de-l-ennemi-est-de-plus-en-plus-floue_2141664.html.

Perelman, Marc / Baché, David (2020): « Le dialogue avec les terroristes est une volonté des Maliens », assure le Premier ministre du Mali. In: *France24* (online), 3.12.2020; www.france24.com/fr/%C3%A9missions/l-entretien/20201203-le-dialogue-avec-les-terroristes-est-une-volont%C3%A9-des-maliens-assure-le-premier-ministre-du-mali.

Pérouse de Montclos, Marc-Antoine (2020): *Une guerre perdue. La France au Sahel*. JC Lattès Paris

Poncet, Guerric (2021): Sahel: la moitié des Français opposés à la présence française. In: *Le Point* (online), 11.1.2021; www.lepoint.fr/monde/sahel-la-moitie-des-francais-opposes-a-la-presence-francaise-11-01-2021-2409098_24.php.

Smith, Stephen / Roussin, Michel (2020): Mourir pour le Mali? In: *Le Figaro* (online), 4.11.2020; www.lefigaro.fr/vox/societe/michel-roussin-et-stephen-smith-mourir-pour-le-mali-20201104.

LISTE DER ABKÜRZUNGEN

AQIM	Al-Qaida des Islamischen Maghreb
CEMOC	Gemeinsames operatives Stabskomitee
CERI	Zentrum für internationale Studien (Sciences Po)
DNI	Inklusiver Nationaler Dialog
EIGS	Islamischer Staat in der Sahara
EUCAP Sahel	EU Capacity Building Mission Sahel
EUTM Mali	EU Training Mission Mali
GAS	bewaffnete Gruppen, die das Abkommen mit Frankreich unterzeichnet haben
GAT	terroristische bewaffnete Gruppen
GSIM	Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime (auf Arabisch JNIM)
MINUSMA	United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali
MNLA	Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad
MUJAO	Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika

Weitere Publikationen des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung:

IPSOS-Studie für die Jean-Jaurès-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung
Europäische Souveränität : Fokus Frankreich
 Paris, Februar 2021

Nicolas Leron
Regionale Ungleichheit in Frankreich
 Debatten und politische Empfehlungen
 Paris, Januar 2021
 Bruno Ducoudré, Mathieu Plane, Raul Sampognaro und Xavier Timbeau

Bruno Ducoudré, Mathieu Plane, Raul Sampognaro und Xavier Timbeau
Frankreichs Recovery-Strategie
 Auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft?
 Paris, Dezember 2020

Borgnäs, Kajsa; Kellermann, Christian
Deutschlands Recovery-Strategie
 Auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft?
 Paris, Dezember 2020

Hadrien Clouet und Catherine Vincent
Home Office in Frankreich
 Erfahrungen während der Pandemie
 Paris, November 2020

Camus, Jean-Yves
Die Profiteure der Angst? Frankreich
 Paris, November 2020

Simon, Edouard
Die deutsch-französischen Beziehungen
 Eine Wiederbelebung in schwierigen Zeiten
 Paris, November 2020

Finchelstein, Gilles
Sozial-ökologischer Block in Frankreich
 Neue Perspektiven für die Präsidentschaftswahl
 Paris, Oktober 2020

Maulny, Jean-Pierre
Nach dem Brexit
 Europäische Sicherheitspolitik aus französischer Perspektive
 Paris, September 2020

Morin, Chloé; Perron, Daniel
Für einen neuen Blick auf das Älterwerden
 Überlegungen im Nachgang der Covid-Krise in Frankreich
 Paris, August 2020

Bellais, Renaud
Dienstpflicht statt Wehrpflicht
 Der Service national universel in Frankreich
 Paris, Juli 2020

Zemmour, Michaël
Sozialpolitik und Covid-Pandemie in Frankreich
 Soziale Schieflage trotz umfassender Mobilisierung des sozialstaatlichen Instrumentariums
 Paris, Juli 2020

Billion, Didier
Frankreichs Mittelmeerpolitik
 Ambitionierte Initiativen, überschaubare Resultate
 Berlin, Juni 2020

Le Bras, Hervé und Warnant, Achille
Ungleiches Frankreich
 Radiografie der sozioökonomischen und regionalen Disparitäten
 Paris, Mai 2020

Laurent, Éloi
Kommunen und sozial-ökologische Wende
 Erfahrungen aus Frankreich
 Paris, März 2020

Bréchon, Pierre
Die Werte der Franzosen
 Entwicklungen, die Anlass zu Optimismus geben
 Paris, Februar 2020

Rossignol, Laurence; Fourtic, Yseline
Politische Parität in Frankreich
 Was ein Gesetz kann - und was nicht
 Paris, Februar 2020

Guillou, Antoine
Eine wirksame und gerechte CO₂-Steuer
 Paris, Januar 2020

Gliniasty, Jean de
Die Russlandpolitik Präsident Macrons
 Paris, Januar 2020

ÜBER DIE AUTORIN

Caroline Roussy ist Wissenschaftlerin am *Institut de Relations Internationales et Stratégiques* (IRIS) mit einem Arbeitsschwerpunkt auf Afrika.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf ab, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen. Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegespräche («Cercle stratégique») über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen («Deutsch-Französischer Wirtschaftsdialog») und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris
41 bis, bd. de la Tour-Maubourg | 75007 Paris | France

www.fesparis.org

Kontakt:

fes@fesparis.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

FRANKREICH IM SAHEL

Warten auf die Europäische Union?



Nach nunmehr neun Jahren militärischen Einsatzes hat sich Frankreichs Engagement in der Sahelzone festgefahen. Auf der operativen Ebene hat das französische Militär zwar nicht enttäuscht, auf politischer Ebene ist das Versagen jedoch offensichtlich. Die terroristische Bedrohung, die Hauptmotiv für den Einsatz ist, hat sich im Vergleich zum Beginn des Einsatzes eher noch verschärft. Vor diesem Hintergrund ist seit Ende 2019 ein Anstieg frankreichfeindlicher Ressentiments in der Region zu beobachten.



Hatte Frankreich sich mit seinem Engagement im Sahel zunächst auf einen einsamen Weg begeben, sucht es angesichts der festgefahen Situation und der finanziellen Probleme nunmehr verstärkt nach Lösungen auf der europäischen Ebene. Dabei wünsche es sich neben einer stärkeren Beteiligung der EU an der Finanzierung der Militäroperationen generell eine stärkere Europäisierung des Engagements im Sahel.



Angesichts wachsender Kritik im eigenen Land an den Unzulänglichkeiten der bisherigen Vorgehensweise werden inzwischen vermehrt Alternativen zum militärischen Engagement diskutiert, ohne diese jedoch als ein Faktor unter mehreren zur Lösung der Probleme in Frage zu stellen. So vereinbarten Frankreich und die Staaten der Sahel-Zone im Januar 2020 auf dem Gipfel von Pau eine vielschichtigeren Strategie, in der militärische, politische und humanitäre Elemente verbunden werden.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
www.fesparis.org